

Der Sozialdemokrat

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Büch (Schweiz).
Verlag
der
Volksbuchhandlung
Göttingen-Büch.
Verfassungen
franco gegen franco
Geldliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
vierteljährlichen Preis von
Fr. 2 — für die Schweiz (Reueuband)
Fr. 3 — für Deutschland (Goubert)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Goubert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reueuband).

Insertate
die vierzehntägigen Preisliste
25 Glt. — 20 Plg.

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

N. 45.

Donnerstag, 6. November.

1884.

AVIS AN DIE ABONNEMENTS- UND KORRESPONDENTEN DES „SOZIALDEMOKRAT.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, beim Bestellen wird und die dortigen
Verleger sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erhalten, resp. Briefe von dort an uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die äusserste Vorsicht im Postverkehr notwendig und
auf keine Weise darf die Briefmarke über den wahren Empfänger und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schädigen. Hauptbedingung ist hierzu einerseits, dass unsere Briefe so selten
als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche
Person außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, dass
auch und möglichst unverfängliche Inhabungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhafte Fällen empfiehlt sich bekanntlich grösster
Sicherheitsmassnahme. Soviel an uns liegt, werden wir gewiss weder Mühe noch Kosten sparen um trotz aller entgegen-
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmässig zu liefern.

Wir brechen diese Liste hier ab, obwohl wir noch eine ganze Reihe von Kreisen vorgemerkt haben, die einer Erwähnung wertig sind. So
Lübeck, wo Genosse Schwarz 2428 Stimmen gegen 877 im Jahre
1881 erhielt, so Pirna (Peters 2201 gegen 562), so Altdorf
(Heine 1929 gegen 968), so Augsburg (Sollmar 1550 gegen
513), so Hagen (Sarm 1114 gegen 343), so Grefeld (Grillen-
berger 1181 gegen 398), so Pforzheim (Blas 1448 gegen 470),
so Freiburg in Baden (Ged 870 gegen 128), so Oldenburg II
(Dehne 1091 gegen 740) u. c. c. Inwiefern wir könnten doch kein voll-
ständiges Resultat geben, weil die offiziellen Berichte, so wie sie uns
vorliegen, keine Zahlen, sondern nur das Endresultat angeben, und
wir daher auf anderweitige Informationen angewiesen sind.
Auch in obiger Tabelle sind nicht alle Zahlen amtlich verifiziert, viel-
mehr dürften sich verschiedene noch wesentlich erhöhen.

Unsere Bilanz.

Die Wahlergebnisse liegen nunmehr in ihrer amtlichen Fest-
stellung vor, und wenn wir auch noch nicht die genaue Total-
ziffer der Stimmen angeben können, welche am 28. Oktober
für die Kandidaten der deutschen Sozialdemokratie abgegeben
wurden, weil der Telegraph aus einer grossen Anzahl von
Kreisen lediglich meldet, wer gewählt ist oder in Stichwahl
kommt, so sind wir wenigstens in der Lage, eine Uebersicht
über unsere Erfolge in den Hauptwahlkreisen unserer
Partei geben zu können. Selbstverständlich können wir uns
dabei nicht mit der Aufzählung der diesmaligen Ziffern be-
gnügen, sondern setzen zur Vergleichung die Zahlen von 1881
und 1878 — dem letzten Wahlkampf vor Einführung des
Sozialistengesetzes — hinzu.

Wir werfen nun einen flüchtigen Blick auf die Resultate
in den einzelnen Wahlkreisen, so tritt uns als erste, hervor-
ragendste Erscheinung entgegen der glänzende Sieg in
den drei Distrikten des kleinen Belagerungs-
zustandes.
Gleichwie auf dem Kopenhagener Kongress konstatiert werden
konnte, dass das Parteiorgan in Hamburg, Leipzig und Berlin
am meisten Abonnenten zählt, so haben auch die Wahlen den
Beweis geliefert, dass nirgends die Genossen eifriger und un-
erschrockener für unsere Sache wirken als da, wo man sie
durch Vererbung ihres elementarsten Rechtes einschüchtern,
lahmlegen wollte.
In Hamburg-Altona jeder Möglichkeit beraubt, eine
Versammlung abzuhalten, in Leipzig ohne ein Organ, das
ihnen auch nur unparteiisch gegenüberstand, in Berlin poli-
zeilich chikanirt und neben sich eine von der Polizei geförderte
Sozialdemagogie, welche sich in arbeiterfreundlichen Redens-
arten und Versprechungen aller Art überbot, haben sie hier
wie dort den Sieg errungen. Und was für Siege! Es ist un-
möglich zu sagen, wenn die Palme gebührt. Ob dem geschlossenen
Korps im nordwestlichen Deutschland, ob den gewaltigen
Horts im Norden und Südosten der Reichshauptstadt, ob den
sozialistischen Bataillonen in Leipzig Stadt und Land — wer
wollte sich da zum Preisrichter aufwerfen? Wo sind sie hin, die
famosen 1500 „Arbeiter“, welche von Plagwitz aus den
famosen „Absagebrief an die Sozialdemokratie“ ergehen liessen?
Plagwitz weist trotz der Beeinflussungen durch die Beamten
des Herrn Heine nur 593 Stimmen für den „Ordnungskan-
didaten“ auf, während der sozialistische Kandidat 784 Stim-
men erhielt. Und noch deutlicher antwortete Lindenau mit
1181 Sozialisten gegen 732 „Ordnungsmänner“, Klein-
schöcher mit 478 gegen 88, Thonberg mit 444 gegen
120, Stötteritz mit 627 gegen 119, Neuschönfeld
mit 641 gegen 220, Sonnenschein mit 760 gegen 180, Kren-
ditz mit 1351 gegen 888, und allen voran, Volkmar-
dorf mit 1369 Umstürzern gegen nur 274 Säulein der
Ordnung!

Thüringen hat gleichfalls eine namhafte Vermehrung der
sozialistischen Stimmen zu verzeichnen. Greiz-Zeulenroda
hat seinen bisherigen Vertreter wiedergewählt und Gera und
Gotha brachten, beide mit einem erstaunlichen Zuwachs an
sozialistischen Stimmen, den Kandidaten unserer Partei zur
Stichwahl. Auf der ganzen übrigen Linie: Weimar, Erfurt,
Zeitz-Weissenfels u. c. erheblicher Zuwachs, meist über die
Zahlen aus der Hochfluth des Jahres 1877 hinaus.

Sachsen hat zwar für die zwei zurückverlorenen Wahlkreise
zwei andere hergeben müssen, aber sowohl in diesen wie über-
haupt im Lande einen erheblichen Zuwachs an Stimmen gegen
die vorige Wahl erzielt. Dass gegenüber den Bergarbeitern
sowie in einzelnen Fabrikdörfern in Punkto Wahlbeeinflussung
das Menschennögliche geleistet wurde, ist selbstverständlich; da
aber, wo dieselbe nicht vorhält, zeigte es sich deutlich, dass der
Sozialismus in Sachsen fester sitzt als je.

Von der Provinz Sachsen lässt sich dasselbe sagen,
wenngleich natürlich die Zahl unserer Anhänger dort noch be-
deutend geringer ist als im Königreich Sachsen. Aber tüchtige
Schritte nach vorwärts sind dort gemacht worden, und in
Magdeburg, dem Hauptort der Provinz, marschieren unsere
Leute bei der Stichwahl dem Gegner mit einer Stimmenzahl
voran, welche auf einen Sieg hoffen lässt.

Schlesien hat seine Positionen in Breslau behauptet
und in Liegnitz, Górlitz u. c. erhebliche Fortschritte gemacht.
Ueber Reichenbach-Neurode fehlen uns nähere Berichte,
in Waldenburg ist ein erheblicher Zuwachs gegen 1881
zu verzeichnen.

Der Versuch, in der polnischen Wählerschaft Boden zu
gewinnen, muss für diesmal als gescheitert betrachtet werden.
In Posen standen sich zwei polnische Kandidaten gegenüber,
was unseren Leuten die Agitation sehr erschwerte. Ausserdem
haben auch die enormen Strafen auf Viele einschüchternd
gewirkt.

Im äussersten Norden hat Königsberg, bisher als quasi
verlorenen Posten betrachtet, ein über alle Erwartungen glän-
zendes Resultat erzielt. Möge sich die Stadt der „reinen
Bauern“ zu einer Festung für den Sozialismus entwickeln!
Einen bemerkenswerthen Zuwachs an sozialistischen Stimmen
weist auch Danzig auf.

In Pommern hat sich Stettin gut gehalten.
Die Provinz Brandenburg hat auch außer Berlin
Distrikte, die von dem Anwachsen unserer Bewegung zeugen. So
vor allen Dingen die Lausitz mit Sorau-Forst, Kottbus-
Spremberg, so die beiden Wahlkreise um Berlin, so Frankfurt
an der Oder, so Westhavelland u. c. Ueberall heisst es: Zunahme
der sozialistischen Stimmen.

In Schleswig-Holstein haben wir einen Wahlkreis
(Altona) zurückerobert und im zweiten (Kiel) Stichwahl.
Die ländlichen Wahlkreise, in denen wir einst grossen Anhang
hatten, wie Dithmarschen, sind einstweilen noch verloren.
Erstens ist auf dem Lande die Beeinflussung zu stark, und
zweitens sind die Motive, welche einst auch besser situierte
Bauern in unser Lager führten, infolge der Entwicklung der
letzten Jahre in Wegfall gekommen. Der Kleinbauernstand wird
nie ein zuverlässiger Faktor in unserer Bewegung sein, so
wichtig er auch selbstverständlich für uns ist.

Mecklenburg tritt gleichfalls mit günstigeren Zahlen auf als
bei der vorigen Wahl, woran wohl ein gewisser „wucherischer
Erdler“ nicht ganz unschuldig ist.

Hannover, Braunschweig, die Rheinlande,
Hessen — überall Vermehrung unserer Stimmen. In dem
Stadtkreis Hannover sind wir in stetem Wachstum dahin
gelangt, den dort bis jetzt dominierenden Wesen als ebenbürtige
Gegner gegenüberzutreten, Braunschweig I werden wir
voraussichtlich diesmal erobern, ebenso kann Elberfeld-
Barmen als erobert betrachtet werden, im ersten Düsseldorf-
Wahlkreis (Kennepp-Meitmann) haben wir die grösste
Stimmenzahl erreicht, welche dort je für einen Sozialisten
abgegeben wurden, ebenso in Kassel.

Man sieht, in allen Theilen Deutschlands Fortschritte. Hier
grössere, da geringere, hier allmähliges Wachstum, dort Er-
oberungen im Sturm. Unser Gewinn lässt sich, wie gesagt,
noch nicht ziffernmässig feststellen, aber was kommt es auf die
Zahlen an, wo die Thatsache so offenkundig zu Tage tritt!

Ja, es ist keine Prahlerei, wir haben die Schlacht gewonnen.
Nicht an einzelnen Orten, durch lokale Verhältnisse unterstützt,
nein, überall in Deutschland hat unsere Armee sich vermehrt.
Immer größer wird die Zahl unserer Zentren, immer gleich-
mäßiger vertheilt sich die Zahl unserer Wähler über ganz
Deutschland, immer festere Wurzeln schlägt unsere Bewegung,
und in der Befruchtung dieser Thatsache erblicken wir das
bedeutungsvollste Ergebnis des diesmahligen Wahlkampfes.

Vieles bleibt uns noch zu thun übrig, noch sind gewaltige
Industriezentren in den Händen des Ultramontanismus, noch
ist nur wenig zur Bearbeitung des ländlichen Proletariats
geschritten, aber auch in dieser Beziehung steht es heute besser

Gleich im ersten Wahlgang siegten wir diesmal in neun Kreisen:

Wahlkreis	Kandidat	Stimmengahl		
		1878	1881	1884
1) Berlin I	Paul Singer	20,224	13,573	25,386
2) Hamburg I	H. Bebel	10,491	7,563	12,280
3) Hamburg II	J. D. M. Dietz	12,447	9,439	14,276
4) Altona-Stomarn	R. Frohme	11,662	6,971	10,266
5) Leipzig-Land	L. Hierck	11,253	10,593	15,238
6) Glauchau-Meerane	J. Kuer	11,579	6,692	9,500
7) Grimnitzschau-Zwickau	B. Stolle	10,153	7,327	11,523
8) Chemnitz	B. Geiser	9,899	10,256	14,513
9) Greiz (Neuz. u. L.)	B. Blas	8,082	2,215	3,742

Wir sind in Stichwahl in 24 Wahlkreisen:

Wahlkreis	Kandidat	Stimmengahl		
		1878	1881	1884
1) Berlin VI	Hafenclöver	15,690	10,629	24,258
2) Breslau (Distrikt)	Hafenclöver	6,593	5,243	5,976
3) Breslau (Westkreis)	J. Kräcker	6,412	4,955	6,173
4) Kiel	St. Feinzel	7,160	4,725	7,775
5) Magdeburg	Kug. Heine	6,253	5,541	8,112
6) Rönigsberg	K. Sobau	1,108	248	4,649
7) Hannover	K. Reister	6,588	5,515	8,181
8) Elberfeld-Barmen	B. Harm	11,325	7,949	13,084
9) Solingen	G. Schuhmacher	5,067	5,565	5,428
10) Hanau-Gelnhausen	R. Frohme	5,351	4,803	5,528
11) Frankfurt am Main	K. Sabor	4,080	4,704	7,963
12) Kassel-Reisingen	W. Pfannkuch	2,584	1,584	4,187
13) Hamburg III	St. Feinzel	6,691	6,108	10,922
14) Dresden-Alstadt	H. Bebel	9,879	9,079	8,620
15) Reichenbach-Kuerbach	W. Kayser	7,011	2,154	4,064
16) Gera (Neuz. u. L.)	H. Köbiger	1,896	2,758	5,589
17) Frankenthal-Speter	K. Dreesebach	1,679	2,912	4,822
18) Nürnberg	Grillenberger	10,162	9,669	12,582
19) München II	G. Sollmar	3,292	2,972	6,329
20) Mainz-Öggersheim	G. Sollmar	3,264	5,983	6,469
21) Offenbach-Dieburg	W. Liebknecht	5,557	5,905	6,950
22) Darmstadt-St. Gerar	H. Müller	2,190	1,360	4,773
23) Gotha	W. Bod	3,513	1,558	8,168
24) Braunschweig I.	B. Blas	7,870	5,703	6,767

Große Minoritäten, beziehungsweise einen erheblichen Zuwachs an Stimmen erhielten wir ferner in:

Wahlkreis	Kandidat	Stimmengahl		
		1878	1881	1884
Leipzig-Stadt	H. Bebel	5,822	6,482	9,676
Stollberg-Schneeberg	W. Liebknecht	7,906	4,653	6,000
Großhain-Riesa	J. Geper	4,008	2,677	5,037
Rittweida	G. Sollmar	6,018	4,283	7,900
Freiberg-Deberan	Wag. Kayser	6,127	4,890	7,000
Dresden-Neustadt	K. Aden	7,433	6,231	6,500
Dresden-Land	W. Horn	5,007	3,789	6,141
Berlin II	Luzauer	7,583	3,159	9,282
Berlin III	Diez	6,214	2,452	6,344
Berlin V	Grillenberger	3,615	160	2,444
Berlin I	Sollmar	2,121	37	821
Zeltow-Weßow-Storkow	Krohm	4,763	1,265	4,500
Nieder-Barnim	Krohm	2,775	985	2,893
Forst-Sorau	Schwager	2,292	2,290	3,240
Kottbus-Spremberg	Wag. Kayser	1,242	955	2,699
Halle a. S.	H. Hafenclöver	1,046	1,137	3,528
Raumburg-Zeitz	H. Köbiger	2,142	1,449	2,900
Erfurt	H. Hafenclöver	1,856	1,235	2,713
Köln	H. Bebel	2,189	2,474	4,151
Kennep-Meitmann	G. Schuhmacher	2,473	2,337	5,407
Rannheim	Dreesebach	2,376	2,517	4,975
Karlruhe	Dreesebach	758	1,583	3,011
Ohlingen	Geiser	932	1,065	2,448
München I	Sollmar	1,997	1,970	3,464
Schwerin	Hafenclöver	572	453	1,153
Wiesbaden	J. Joff	486	616	2,120
Hochst-Ufingen	K. Fleischmann	1,292	770	3,127
Weimar	W. Geier	895	445	1,423
Stettin	Prietz	914	910	1,123
Mühlhausen (Elfsch)	Jgnaz Schmidt	—	462	2,938
Westhavelland	Hafenclöver	1,257	1,415	3,141
Bremen	Liebknecht	6,304	4,616	4,880
Harburg	Kuer	1,763	755	2,210
Sameln	Reister	285	879	2,210

Wenden wir den Blick nunmehr dem übrigen Deutschland
zu, so ist es zunächst Frankfurt mit seiner Umgebung,
das unsere Beachtung verdient. Schon bei der vorigen Wahl
zeigte es sich, dass das „Herz Deutschlands“ immer mehr eine
Domäne des Sozialismus wird, und seitdem hat dieser Pro-
zess weitere Fortschritte gemacht, das „Gift“ immer mehr um
sich gefressen.

Zu Frankfurt, Hanau, Offenbach, Mainz gestellt
sich Darmstadt, und in Wiesbaden und Höchst steigt
die Fluth. Weiter nach Süden haben Mannheim und das
ihm gegenüberliegende Ludwigschafen tüchtige Fortschritte
gemacht, was sich auch von fast sämtlichen anderen Kreisen
Badens und der Pfalz sagen lässt. In Württemberg
weist zwar Stuttgart infolge mehrfachen Wechsels der Kan-
didatur einen kleinen Verlust auf, im ganzen Lande aber haben
sich unsere Stimmen gegen das vorige Mal um die Hälfte
vermehrt. In Bayern hat die Hauptstadt diesmal die
grösste Ueberrasschung gebracht. Die 10,000 sozialistischen Stim-
men in München I und II sind von nun so größerem Werth
für unsere Partei, als sie in heissem Kampfe den Ultramont-
anisten abgerungen wurden. Aber auch in verschiedenen weiteren
oberbayerischen Hochburgen des Ultramontanismus wurde Breche
gelegt. Brillant hat sich Nürnberg gehalten, trotz des nieder-
trächtigen Bündnisses von Fortschritt und Anarchie. Wären
die Wahllisten nicht überaus lässig zusammengestellt worden,
so wäre Grillenberger gleich im ersten Wahlgange Sieger
geblieben. Hat er doch diesmal mehr Stimmen erhalten als
je, frühere Stichwahlen nicht ausgeschlossen, während ihm nur
46 Stimmen zum absoluten Mehr fehlten. Dagegen wurden
in dem einen Wahlbezirk Gostenhof allein 27 wahlberech-
tigte Arbeiter zurückgewiesen, weil sie nicht in den Listen stan-
den, in Nürnberg überhaupt gegen 300. Im Vorort Ziegel-
stein hatte der Bürgermeister seine eigenen Arbeiter trotz Zu-
sicherung nicht eingetragen. Aber alles das wird nichts helfen,
— Nürnberg wird auch im nächsten Reichstag durch einen
Sozialdemokraten vertreten sein.

als seit Langem. Im Badischen, im Hessischen, in Bayern, am Rhein haben wir den Zentrumsleuten Terrain abgewonnen, haben wir — die Gegner selbst gestehen es zu — viele Stimmen aus rein bürgerlichen Distrikten erhalten.

Haben wir auch keine Ursache, nunmehr in stiller Bescheidenheit auf unseren Vorberern anzuzurufen, so sind wir doch berechtigt, uns aus vollem Herzen der Freude über den erlangenen Sieg hinzugeben. Betroffen Wuthes schauen wir in die Zukunft: was auch die Gegner gegen uns planen mögen, sie finden uns auf Alles gerüstet. An unserer Festigkeit und Entschlossenheit werden ihre Anschläge zu Grunde gehen. Der erste Sturm ist abgeschlagen, das Verdicht ist gesprochen. Die Sozialdemokratie hat über das Sozialistengesetz gesiegt, der 28. Oktober 1884 war, um mit der „Berliner Volkszeitung“ zu reden:

der Tag der Revanche für die deutsche Sozialdemokratie.

Wie die Sozialisten des Auslandes schreiben.

„Recht voor Allen“, das Organ unserer holländischen Genossen, bringt in großen Lettern folgende Anzeige:

Vorläufiger Bericht. Sieg der deutschen Sozialisten an der Wahlurne. Im ersten Wahlgang 8 Sozialisten gewählt und bereits 15 Sozialisten in Stichwahl. Ein dreifaches Hurrah unserer deutschen Genossen! Wir theilen ihre Freude, denn ihr Sieg ist auch der unsere!

„De Toekomst (Zukunft)“, das Organ unserer dänischen Genossen, die an ihrer Spitze eine Sammlung für den Wahlfond der „mühigen deutschen Sozialisten“ hat, bringt einen vortrefflichen Zeitartikel, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Bismarck hatte außerdem, um die Schlacht zu gewinnen, sich nicht gekümmert, unser Programm zu bestehen und den Arbeitern als Wählern einen sozialistischen Ader hinzumengen.

Sein Staatssozialismus sollte ihm die Arbeiter retten und den Sozialismus tödten. Aber die Arbeiter haben sich nicht fangen lassen. Sie haben ihm die gebührende Antwort in der Form von Hunderttausenden sozialistischer Stimmentel in's Gesicht geworfen.

„Bismarck ein Freund des arbeitenden Volkes? Welcher Hohn!... Der Sozialismus herrscht, und wo? Bei den Hottentoten, in der Türkei, am Nordpol? Nein, im Herzen Europas, in dem nach Rußland autoritärsten Staate der Welt. In Deutschland, dem großen Militärstaat, der Frankreich besiegte; in dem großen Handelsland, das Frankreich, England, Amerika, Belgien, alle auf dem Weltmarkt tödtet oder tödten wird; in Deutschland, dem mächtigsten Kolonialstaat der Zukunft, bei dem Volk, von dem man sagte, daß es Frankreich geschlagen habe durch seine Bildung.

„Also nicht bei Barbaren; nein, nein, der Sozialismus siegt bei dem mächtigsten, dem gebildetsten Volke seiner Epoche.

Kann man eine vielgeschwundene Rede zur Verherrlichung unserer Sache halten, als sie die Thatfachen reden?...

„Wir schließen diesen Artikel nicht nur mit dem Ruf: Es leben die deutschen Sozialisten, es lebe die Internationale, sondern auch: Es lebe das deutsche Sozialistengesetz!“

„Justice“, das Organ der englischen Sozialdemokratie, schreibt: „Ein größerer Schlag konnte dem Liberalismus und dem Bismarckthum nicht zugefügt werden als diese große Vermehrung der sozialistischen Stimmen...“

„Ein solcher Sieg — und da wir schreiben, scheint der Sieg gesichert — sollte unsere Freunde in der ganzen Welt aufstrahlen. Wenn die deutsche Partei des revolutionären Sozialismus, des Versammlungsrechtes, der freien Presse beraubt, jeden Augenblick der Verhaftung und Ausweisung ausgesetzt, im Stande ist, Wahlsiege über Wahlsiege zu erringen, was mühten nicht die Sozialisten von England, Frankreich, Amerika in Bezug auf revolutionäre Organisation zu leisten im Stande sein?“

Die „Arbeiter, Wochenchronik“, das Organ der „ungarländischen Arbeiterpartei“, schreibt:

Die eiserernen Deutschen. Der 28. Oktober ist nicht nur für Deutschland allein, sondern für die Sozialdemokratie aller Länder gleich bedeutsam. Die hart- und vielgeschwundenen Genossen in Deutschland bewiesen durch ihre letzte Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen neuerdings, daß die sozialdemokratische Partei unüberwindlich ist und dürfte diese Stromschnelle, welche unsere Genossen in Deutschland geöffnet hat, selbst den verhassten Gegnern Bewunderung abgerungen haben. Wir haben aber die sicherste Gewähr geschöpft, daß der Sieg der Sozialdemokratie unausbleiblich ist...“

Ihr deutschen Helden, wir begrüßen Euch zu Ehren, nein, zu unserem Siege!

„Ja, zu unserem Siege, denn Euer Sieg, er ist ja auch unser!“

Die Brüsseler „Voix de l'ouvrier“ (Arbeiterstimme) schreibt: „Ein Hurrah unseren deutschen Brüdern!

Trotz aller Verfolgungen, trotz aller gegen sie ausgeübten Polizeijnsamien gehen sie stärker aus dem Wahlkampfe hervor als jemals zuvor.“

Die stark anarchisch angehauchte „Bataille“ Lissagoray's, die erst kürzlich noch sich über die „Gefährlichkeit“ unserer Partei moquierte, schreibt jetzt:

Beuillon.

Die Geschwister.

Eine dramatische Episode aus der Jetztzeit.

Von G. W.

III. Theil.

(Szene: Ein Lokal mit Tischen und Stühlen. Bed mit drei Arbeitern tritt herein.)

Bed: Ah, wir sind die ersten. Na, das ist ein Freudenrausch! Er wiegt den harten Kampf voll und ganz auf. Was? (Er klopf einem der Drei herb auf die Schulter.)

Der Geselle: Das will ich meinen. Singer mit 25,338 Stimmen gefiegt und unser Wilhelm in Stichwahl! (Sie sehen einander mit freudestrahelnden Augen an.)

Chlori (mit mehreren Genossen): Wißt Ihr, Genossen, in Hamburg haben Bebel und Diez im ersten Wahlgang gefiegt! (Laute Beifallsbegrenzungen von allen Seiten.) Und habt Ihr erfahren, wie es gestern den drei Verhafteten erging?

Bekehrer: Nein, erzähle doch!

Chlori: Nun, sie wurden gründlich untersucht, und da nichts gefunden wurde, nach Hause geschickt. Greiner's Schwester wurde unbehelligt gelassen, denn der Lieutenant muß Gefallen an ihrem energischen Wesen gefunden haben und behandelte sie sehr höflich.

Bed: Klärchen hat sich gestern wirklich ganz tapfer benommen und bei ihrem ersten politischen Abenteuer sehr korrekt betragen. Und sie hat vollkommen Recht, wenn sie sagt, es liegt nur an den Männern, daß die Frauen so unwissend über die politischen Verhältnisse dahinleben.

Klein kommt mit mehreren herein. Er verkündet einen weiteren Sieg, der mit ungebundener Lust aufgenommen wird. Nachdem sich der Sturm gelegt.)

Klein: Wißt Ihr auch, wie es dem Spion Albert ergangen ist?

Bekehrer: Nein, was ist passiert?

Klein: Er hatte sich den ganzen Tag nirgendwo sehen lassen, am Abend aber schlich er sich auf die Straßen, wahrscheinlich um zu horchen und irgend welche in der natürlichen Aufregung fallen gelassenen unbedachten Aeußerungen aufzuheben. So war er auch in die Reichsbergerstraße gelangt, wo es am lebhaftesten jing. Er muß nun von

... „Vielleicht finden sich unter unieren Kameraden Leute, die das Stimmrecht bekämpfen und da sagen, daß soviel Kraft besser zum offenen Kampf angewendet würde; diesen antworte ich: Geduld! Diejenigen, die ihren Willen so zu konzentriren wissen, werden auch in der Stunde der Gewalt bereit sein.“

„1881 tadelt man die deutschen Sozialisten, daß sie sich mit Wahlkämpfen beschäftigen; dieselben haben ihnen gebietet, ihre Zahl zu verdoppeln. Ist die in drei Jahren gewordene gewaltige Armee nicht mehr werth, als wenn man den Kern derselben in einem verführten Kampf hätte vernichten lassen?“

„Niemand unter uns hat heute das Recht, ihnen einen Vorwurf zu machen, dagegen haben wir eine Pflicht, die Blicke auf uns zu lenken... Welche Entschuldigungen haben wir, daß wir seit vier Jahren, seit 1881, versumpfen? Keine.“

„Im „Cri du Peuple“ von Paris schreibt Jules Guesde mit der Ueberschrift! „Es lebe das arbeitende Deutschland!“

„Die deutsche Arbeiterpartei, die sich 1871 durch den Mund von Bebel und Liebknecht mit der Pariser Kommune solidarisch erklärte und mit den „für die Sache der Menschheit kämpfenden und sterbenden französischen Sozialisten“ fraterne Erwartungen, hat einen alle Erwartungen übersteigenden Triumph erzielt...“

„Das ist die Frucht der wildesten Verfolgungen, verbunden mit jenen Verjagungen, die Arbeiter zu fürwärtigen, als welche sich Bismarck's Unfall und Krankenversicherung erwiesen! Während sieben Jahren hat man den Peison aller Arten von Almosen auf den Ossa aller Arten von Gewalttaten wider die deutschen Arbeiter gewälzt, um was zu erzielen? Daß sie ihre Vertreterszahl verdoppelten, vielleicht gar verdreifachen und im Stande sind, im Reichstage selbst, d. h. im Herzen des kapitalistischsten aller Länder, den Feldzug zu führen!“

„Die erworbenen Siege“, fährt Guesde fort, „sehen die Sozialdemokratie in den Stand, ihr parlamentarisches Geschick, wenn ich mich so ausdrücken darf, zu entnageln. Vom Wort können sie zur That übergehen. Sie können Gesetze eindringen, mit denen sie die der Gegner im Schwach halten; bisher Amboß gewesen, werden sie jetzt Hammer sein können...“

„Diese Waffen, welche ihnen bis heute fehlte, und von der unser Freund Ballant täglich dem Gemeinderath von Paris beweist, welchen Gebrauch man damit machen kann, hat unseren deutschen Brüdern der letzte Wahlkampf geliefert.“

(Guesde setzt voraus, daß wir über 15 Sitze erhalten.)

„Und des Gebrauches, den sie von denselben machen werden, sicher, beglückwünschen wir uns, daß sie sie errungen, und antworten unseren Regierenden à la Jerry, deren schwindelhaftem Patriotismus die Wahl fanonistischer Kanonikasse à la Guerber und patrimonialer Patrone à la Dollfus haften; bisher Amboß gewesen, werden sie jetzt Hammer sein können...“

„Diese Waffen, welche ihnen bis heute fehlte, und von der unser Freund Ballant täglich dem Gemeinderath von Paris beweist, welchen Gebrauch man damit machen kann, hat unseren deutschen Brüdern der letzte Wahlkampf geliefert.“

(Guesde setzt voraus, daß wir über 15 Sitze erhalten.)

„Und des Gebrauches, den sie von denselben machen werden, sicher, beglückwünschen wir uns, daß sie sie errungen, und antworten unseren Regierenden à la Jerry, deren schwindelhaftem Patriotismus die Wahl fanonistischer Kanonikasse à la Guerber und patrimonialer Patrone à la Dollfus haften; bisher Amboß gewesen, werden sie jetzt Hammer sein können...“

Außer der in voriger Nummer bereits abgedruckten Depesche unserer New Yorker Genossen gingen uns noch folgende Glückwünsch-Telegramme zu:

Bon Newyork, 29. Oktober 1884.

„Redaktion des „Sozialdemokrat“, Zürich. Section Newyork beglückwünscht die deutsche Sozialdemokratie. — Exekutive der Sozialistischen Arbeiterpartei sendet Glückwunsch zum Wahlsieg.“

Bon Mailand, 1. November 1884:

„Die heutige Versammlung des Vereins „Die Söhne der Arbeit“ sendet den deutschen Brüdern gelegentlich ihres Wahlsieges herzlichsten Glückwunsch und wünscht ihnen weitere Erfolge.“

Die neue Schrift von Fr. Engels.

II.

„Das Privateigenthum also ist es“, fährt Kautsky fort, „dessen Macht die moderne Ehe und Familie geschaffen hat. Aber auch die ursprüngliche kommunistisch-demokratische Organisation des Gemeinwefens erklärt, sobald das Privateigenthum zur Gesellschaftsbeherrschenden Macht wird, und an ihre Stelle tritt der Staat.“

Wir haben oben von dem Blutverwandtschaftstheorie, den Genes, gesprochen, die sich mit dem Entstehen der Stammes innerhalb des Stammes bildeten. Auf diese Genes ging ein gut Theil des ursprünglichen Stammeskommunismus über, der von ihnen, der höheren Kulturstufe gemäß, die sie repräsentieren, eigenartig weiter entwickelt wurde. Die irdische Genes ist von Morgan am eingehendsten untersucht worden; indeß finden wir bei allen anderen Völkern auf gleicher Kulturstufe eine ähnliche Organisation der Genes, wir dürfen daher die irdische Genes als typisch annehmen.

Die Leiter der Genes, sowohl der Friedensdorfsleiter (Sachem) als der Kriegshäuptling, wurden von ihm gewählt, und zwar wählten bei den Iroquesen nicht nur die Männer, sondern auch die Weiber. Doch unterlag die Wahl der Bestätigung des gesammten Stammes. Kein Mitglied durfte innerhalb der Genes heirathen. Das Vermögen Verstorbenen fiel an die Gentilgenossen, diesen fiel aber auch die Pflicht der Blutrache zu. Die entscheidende Gewalt in der Genes war die demokratische Versammlung aller männlichen und weiblichen Gentilgenossen, alle mit dem gleichen Stimmrecht.

Das war die Organisation einer typischen indianischen Genes. „Alle ihre Mitglieder“, sagt Morgan, „sind freie Leute, verpflichtet, einer des

*) Im Deutschen Sippen, Geschlechter u. genannt.

irgend Jemand erkannt worden sein; denn plötzlich drängte sich um ihn herum eine Menschenmenge zusammen, Einer stieß, drängt den Andern. Man hört allerhand Rufe durcheinander, dazwischen auch Schmerzenslaute. Endlich geräth die Menge wieder in Bewegung, die Passage wird frei, da bemerken die Nachdrängenden einen Mann, der, blutüberströmt, bewußtlos am Boden lag. Es war der Schutz Albert. Zwei Polizisten, welche durch den Lärm herbeigezogen wurden, hoben ihn auf und trugen ihn in das nächste Haus. Der wird wohl genug gespißelt haben in diesem Leben.

(Die Genossen stehen in kleinen Gruppen und machen untereinander ihre Bemerkungen.)

Hübner (kommt mit Bekehrer): Genossen, jetzt haben wir im Ganzen sechs Hurrah! (Alle rufen Hurrah! Der Tumult, die Freude erhöht sich.)

Hübner zählt, nachdem es einigermaßen ruhig geworden, die Resultate aus Berlin IV, Hamburg I und II, Jüdau, Leipzig-Land und Glauchau-Reerane auf.

Hart (mit Bekehrer) kommt, verkündet abermals einen Sieg. Dorn (mit Bekehrer) meldet verschiedene Stichwahlen (Darmen-Eldersfeld, Magdeburg, Kärnberg.)

(Die Genossen unarmen sich, die Begeisterung nimmt überhand.) Hugo mit Klärchen am Arme treten ein. Mehrere der Anwesenden reichen Klärchen freundlich die Hand.

Hugo: Genossen, hier habt Ihr das Endergebnis! Reun gewählt und über 20 in Stichwahl!

(Ein brauendes Hurrah ist die Antwort.) Hugo (indem er auf einen Stuhl springt): Einen Augenblick Ruhe, Genossen! (Es wird stille. Sie umdrängen ihn.) Brüder! Es war ein harter Kampf, ich danke Euch im Namen aller unserer Freunde, im Namen der fortschreitenden Entwicklung. Halset treu und unentwegt zur Fahne, dann muß und wird der Sieg bald daunern unser sein — der Sieg für das gesammte ausgebeutete Proletariat. Hoch die Sozialdemokratie!

Klein (stürmisch): Hoch die Sozialdemokratie! Wieder mit Ausbeutung, Volksverdrummung und politischer Knechtschaft!

Massengesang der Marcellaise als Ausdruck der höchsten Begeisterung.

(Der Vorhang fällt.)

Schluß.

andern Freiheit zu schützen; gleich in persönlichen Rechten — weder Sachem noch Kriegsführer beanspruchten irgend welchen Vorrang; sie bildeten eine Bräderschaft, verknüpft durch Blutsbande. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, obwohl nie formuliert, waren die Grundprinzipien der Genes, und diese waren wiederum die Einheit eines ganzen gesellschaftlichen Systems, die Grundlage der organisierten indianischen Gesellschaft. Das erklärt den unangenehm unabhängigkeitssinn und die persönliche Würde des Auftretens, die Jedermann bei den Indianern anerkennt.“

Und Engels sagt:

„Es ist eine wunderbare Verfassung in all ihrer Rindlichkeit und Einfachheit, diese Gentilverfassung! Ohne Soldaten, Gendarmen und Polizisten, ohne Adel, Könige, Statthalter, Präfekten oder Richter, ohne Gefängnisse, ohne Prozesse geht Alles seinen geregelten Gang. Allen Streit entscheidet die Gesamtheit derer, die es angeht, die Genes oder der Stamm oder die einzelnen Genes unter sich — nur als äußerster, selten angewandtes Mittel droht die Blutrache, von der unsere Todesstrafe auch nur die vollstrikte Form ist, befaßt mit allen Vortheilen und Nachtheilen der Requisition. Obwohl viel mehr gemeinsame Angelegenheiten vorhanden sind als jetzt — die Haushaltung ist einer Reife von Familien gemein und kommunistisch, der Boden ist Stammesbesitz, nur die Gärten sind den Haushaltungen vorläufig zugewiesen —, so braucht man doch nicht eine Spur unfreier weißläufigen und verwickelten Verwaltungsapparates. Die Beteiligten entscheiden, und in den meisten Fällen hat jahrhundertelanger Gebrauch bereits Alles geregelt. Arme und Bedürftige kann es nicht geben — die kommunistische Haushaltung und die Genes kennen ihre Verpflichtung gegen Alte, Kranke und im Kriege Gefährte. Alle sind gleich und frei — auch die Weiber. Für Sklaven ist noch kein Raum, für Unterjochung fremder Stämme in der Regel auch noch nicht.“

„Das war die Organisation, welche dem aufkeimenden Privateigenthum entgegen sollte. Die Entwicklung des Hirtenlebens brachte den ersten Zwiespalt in die Harmonie der Gentilverfassung. Die Frau wurde geknechtet. Dasselbe brachte auch ein neues Element in das Gemeinwesen, für welches die Gentilverfassung keinen Raum hatte: die Sklaverei. Die fortschreitende technische Entwicklung führte weitere Elemente der Zerstückung mit sich. Die Klaffengegensätze zwischen Ackerbauer und Handwerker, zwischen Stadt und Land, zwischen Produzenten, Konsumenten und Zwischenhändler, zwischen Schuloner und Gläubiger, zwischen Arm und Reich, zwischen Adel und Volk entwickelten sich in rascher Folge. Intervessen und -Gegensätze treten auf, welche die alte Gentilverfassung nicht kennt und die sie nicht zu zügeln im Stande ist. An Stelle der Gleichheit und Brüderlichkeit tritt die Ausbeutung der einen, die Uebermacht der anderen, an Stelle der Demokratie tritt eine über der Gesamtheit stehende Macht, welche bald von der einen Klasse, bald von der anderen Klasse erobert und ihren Zwecken dienstbar gemacht wird.“

Und gleichzeitig treten eine Menge Elemente im Gemeinwesen auf, für die in der Gentilverfassung kein Raum ist. Die Zahl der Sklaven steigt in's Ungeheure, ganze Völkergesellschaften werden unterworfen mit Hilfe der oben erwähnten Macht, und wieder Ursache, dieselbe zu stärken. Fremde lassen sich inmitten der Gentilgenossen nieder, diese selbst verlassen ihre alten Sitze und suchen sich neue, Jeder nach seinen persönlichen Interessen. So werden sie bald durcheinander gewürfelt, und die Gentilorganisation verliert jede Bedeutung und jeden politischen Werth. Eine neue Einteilung wird notwendig, nicht nach Blutsbanden, sondern nach territorialen Grenzen. Früher wurde das Land den Menschen zugetheilt; jetzt theilt man die Menschen dem Lande zu. So sehen wir neben und über der alten Gentilverfassung die neue Organisation des Gemeinwefens stehen, den Staat.

Seine wesentlichen Eigenähnlichkeiten bestehen darin, daß er eine territoriale Organisation darstellt und gleichzeitig eine Macht, die über dem Volke steht und von einzelnen Klassen zu deren Gunsten ausgeübt wird. Die Entstehung des Staatswesens ist begleitet von der Errichtung eines Kriegsheeres und einer Polizei zur Gewinnung und Niederhaltung von Sklaven und Unterworfenen und zur Injanzhaltung einzelner Mitglieder der herrschenden Klaffen, welche durch die Gentilverfassung nicht mehr gebündert werden, auch ihren eigenen Klaffenangelegenheiten unangenehm zu werden. Damit stellt sich der Staat auf einen Boden, der den Traditionen der Gentilverfassung auf's schärfste widerspricht. In der That galt das Gemerbe der Polizei bei den Athenern bei deren Einföhrung für so injam, daß kein freier Mann sich dazu hergeben mochte. Sklaven mußten den Polizeidienst verrichten. Die alte Gentilverfassung mußte vollständig in der allgemeinen Korruption untergegangen sein, wie im kaiserlichen Rom, bis das Handwerk des Polizisten als ein ehrliches angesehen wurde.

Die Entstehung des Staates — des historischen Staates, nicht die des begrifflichen, von einzelnen Philosophen aus ihrem Kopfe herauskonstruirten: die Entstehung solcher Staatsbegriffe zu erklären, ist Sache der Psychologie — die Entstehung des Staates hat Engels an drei für unsere historische Entwicklung besonders einflussreichen Beispielen dargestellt, indem er die Entstehung des athensischen, römischen und christlich-germanischen Staates untersuchte.

Der athensische und römische Staat gingen zu Grunde; die Charaktereigenschaften, welche der ursprüngliche Kommunismus gezeugt hatte, verfielen nach und nach, als dieser in Fortfall kam. An Stelle der ursprünglichen Tapferkeit, einer Tapferkeit, von der uns kürzlich noch die Sudaenen ein heroisches Beispiel gegeben haben, trat Feigheit, an Stelle des Unabhängigkeitssinnes Scortillität. Das Volkheer wird ersetzt durch ein Soldatenheer, an Stelle der Republik tritt die Monarchie — in Athen die maledonische, in Rom der Jährianismus. Die Sklaverei ächtet die freie Arbeit, die Latitudinarijtheit zerstückt den alten Bauernland. Aber nicht Lohnarbeiter werden die freigesetzten „freien“ Leute, sondern Lumpenproletariat. Das Land entvölkert und wird eine Beute der Barbaren.

Ein neues Element gesellt sich zum antiken Staat in den Germanen. Sie verzügen denselben, nicht, wie unsere Chauvinistischen Historiker meinen, weil die Germanen das auserwählte Volk Gottes seien, dem allein die höchste sittliche und geistige Begabung immanoynt, sondern weil bei ihnen die alte Gentilverfassung noch nicht erloschen war und sie sich noch die ganze Frische und Lebenswürdigkeit des urwüchsigen Kommunismus bewahrt hatten. Noch war bei ihnen die Sklaverei nicht so entwickelt, daß die Arbeit als entrend geötten hätte, noch galten bei ihnen Solidarität, Tapferkeit, Stolz und Achtung vor dem Weibe. Wohl erlagen sie dem römischen Kulturinflusse, wohl nahmen sie die von den Römern — oder besser gesagt, Romanen — überkommene Produktionsweise auf und entwickelten sie selbstständig weiter im Feudalismus. Aber die unterworfenen Klaffen bewahrten noch in etwas die urwüchsige Kraft, die Gentilverfassung und der urwüchsige Kommunismus wußten sich mindestens in Ueberreihen noch so lange zu behaupten, bis die technische Erweiterung das moderne Proletariat schuf und damit die Krime eines neuen Kommunismus.

Das Buch von Engels reicht in seinen Ausführungen nicht bis in letztere Epoche hinein. Es schließt mit der Entstehung des Feudalstaates ab. Indeß besitzen wir ebenfalls von Engels eine Broschüre, welche uns die Zeit schildert, in welcher die Reste des ererbenden urwüchsigen Kommunismus mit den Keimen des modernen Kommunismus zusammen ankömpfen gegen die Klaffenherrschaft, den Staat. Diese Broschüre, welche ein neues Licht ergießt durch die neueste Engels'sche Publication, und die hoffentlich auch jetzt wieder in einer neuen Auflage erscheinen wird, ist eine Darstellung des Bauernkriegs. Im deutschen Bauernkriege erheben sich die Reste des uralten Gemeinwefens-Kommunismus, wie er sich in der Schweiz handlich erhalten, gegen die zerlegenden Einflüsse von Adel, Pfaffen, römischem Recht und städtischen Kaufmannsherrschaft. Mit ihnen aber auch die Anfänge des modernen Kommunismus, vertreten in der Münzer'schen Richtung. Dieselbe Verbindung von urwüchsigem Kommunismus mit modernen revolutionären Elementen befruchtete die englische Revolution von 1649; ja, heute noch vor unseren Augen, bildet sie das Element des Widerstandes gegen die Staatsgewalt in Serbien und Rußland. In der Schweiz hat sich eine eigenmächtige Staatsorganisation ergeben aus der Richtung der alten Gentilverfassung mit der modernen Staatsverfassung und bildet die eiserne noch vielfach durch die letztere durch. Auch in die Keuenglandstaaten wurden durch die englischen und schottischen Emigranten des 17. Jahrhunderts einige kümmerliche Reste der alten Gentilverfassung mit hinübergenommen.

So sehen wir, daß die Kenntniß der menschlichen Vorgeschichte nicht nur für das Verständnis der allgemeinen menschheitlichen Entwicklung sehr förderlich ist, sondern sich auch als notwendig erweist, um manche Erscheinung unserer Zeit zu erklären.

Zu, gerade eine der eigenartigsten Erscheinungen der Neuzeit, der parlamentarische Anarchismus, beruht im Grunde auch nur auf der Vermischung moderner Elemente mit denen des uralten Kommunismus, so weit sie sich in der ruffischen Bauerngemeinde noch erhalten haben. Mehrwärtigweise betont aber der Anarchismus gerade diejenige Seite des uralten Kommunismus, an der er zu Grunde ging: seinen Partikularismus. Der Naturmenschen ist Individualist im strengsten Sinne des Wortes. Der außerhalb seines Stammes Stehende ist ihm ein Feind, im besten Falle ein Fremder. Ueber einen äußerst losen Verband der Stämme, der bei der ersten Gelegenheit wieder zerfällt, ist die Stammes- und Gentesorganisation nicht hinausgekommen. Eine solche Organisation konnte sich nur halten bei einer äußerst unentwickelten Produktionsweise, bei der alle wesentlichen Mittel der Befriedigung der Bedürfnisse innerhalb des Stammes selbst erzeugt wurden. In der That haben wir gesehen, daß die Arbeitsteilung die alte Gentesorganisation zu überwinden, weil die Verbindung zwischen den einzelnen Organisationen zu lose ist. Sehen wir uns nur den deutschen Bauernkrieg an, wie da jeder Bau selbstständig vorgeht, ohne sich auf die Dauer um den andern zu kümmern, und wie daher auch einer nach dem andern mit verhältnismäßig leichter Mühe niedergeschlagen wird. Wo nicht lokale günstige Umstände diesen verderblichen Individualismus weismachen, wie z. B. die Schweizerberge oder das mährische Klima des Sudan, erliegt regelmäßig die alte föderalistische Volksfreiheit gegenüber dem zentralisierten Staatswesen. Nicht durch lose verbundene autonome Organisationen kann dieses gestützt werden, sondern nur durch eine geschlossene Macht. Die moderne Produktionsweise liefert diese Macht, indem sie selbst die Produktion und Zentralisation liegt die große Ueberlegenheit des modernen Kommunismus gegenüber der Zersplitterung des uralten. Die Zentralisation und Zentralisation gibt ihm die Sicherheit des Sieges.

Sozialpolitische Rundschau.

S a r t h, 6. November 1884.

Sammelt zu den Stich- und Nachwahlen! Hierundzwanzig Stichwahlen hat unsere Partei zu bestehen und vielleicht auch mehrere Nachwahlen. Daher ergreift an die Genossen der Ruf, in ihrem Eifer für den Wahlkampf nicht nachzulassen, sowie ferner alle für die Stichwahlen disponiblen Gelder schnellstens einzusenden.

Daher auf, Genossen allerwärts! Sorgt dafür, daß Mittel flüssig gemacht werden, ohne die Einkommen zu sehr zu belasten; sorgt dafür, daß die Sammlungen möglichst ausgedehnt werden. Und noch einmal, macht die Sache rasch, damit den Kämpfern die Munition nicht ausgeht!

— Mit Bezug auf die Stichwahlen geht uns folgendes zirkulär zu:

„Parteigenossen!
 Ein großer Theil von Euch ist diesmal wieder in der Lage, bei engen Wahlen zwischen Gegnern von uns den Ausschlag zu geben. Dies bestimmt uns, auf die bezüglichsten Kongreßbeschlüsse hinzuweisen, welche in Lippen 1880 und in Kopenhagen 1883 gefaßt wurden.

Der Wuppener Kongreß beschloß: „Für den Fall von Stichwahlen, bei denen nur Gegner der Partei im Frage kommen, wird den deutschen Parteigenossen im Allgemeinen Wahlenthaltung empfohlen.“ Und der Kopenhagener Kongreß schloß sich diesem Beschlusse an.

Wir halten uns nun für verpflichtet, hier auszusprechen, daß, wo sich die Parteigenossen dennoch für Betheiligung an einer der erwähnten Wahlen aussprechen, nur ein Kandidat im Frage kommen kann, der sich bestimmt und unzweideutig verpflichtet:

- 1) gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes;
- 2) gegen die Verschärfung der Strafgesetze;
- 3) gegen die Verkürzung oder Einschränkung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts;
- 4) gegen die Verlängerung der Legislaturperioden;
- 5) gegen die Einführung des Arbeitssächter;
- 6) gegen neue Zölle und Steuern auf notwendige Lebensbedürfnisse.

zu stimmen.
 Kandidaten, die sich auf diese Minimalforderungen nicht bestimmt verpflichtet, dürfen unter keinen Umständen eine Stimme von uns erhalten.

Den 30. Oktober 1884.
 Die Zentral-Wahlleitung:
 J. Kautz, K. Bebel, E. Grillenberger,
 W. Hasenclever, W. Liebknecht.

Diese Fragestellung läuft in ihrer Konsequenz auf dasselbe hinaus, was wir im Leitartikel unserer Nummer 46 ausführten, was wir angeht die fortgesetzten Verdächtigungen unserer Partei mit Genehmigung konstituirten.

Ihre Bilanz, für die gegnerischen Parteien stellt sich als Hauptergebnis der Wahlen die Sprengung der deutsch-freisinnigen Partei heraus. So weit die freie nicht dem Anwalt der Sozialdemokratie, also einem geschichtlich notwendigen Projekt, geschuldet ist, gebührt das Verdienst dafür den — Rationalliberalen. Man muß es den Herren einräumen, daß sie Bismarck's Gesetze vorzüglich befohlen haben. Und wie ungenügend! Denn sie haben auf diese Art dem Liberalismus vollends den Garaus gemacht, und so den Akt selbst abgesetzt, auf dem sie — wir w. an nicht sagen sitzen, aber doch eines Tages gezwungen werden dürften, zu sitzen.

Es ist in der That schwer, keine Satyre zu schreiben! Der Treiben dieser Partei, welche das gebildete Bürgerthum zu vertreten vorgibt, und in der That auf den Universitäten ihre Hauptanhangerschaft sitzen hat, kaum war von oben her die Parole gegeben: Kampf wider die Deutsch-freisinnigen! und als Löcher ausgehakt die Bildung der famosen konservativen-nationalliberalen Mittelpartei, als sie sich wie eine Meute auf ihre früheren Gefinnungsgegnern stürzten und, selbst zu schwach zum Siege, diese an die Konservativen vertriehen. Ein einziger Blick auf die Parteiverhältnisse in Deutschland hätte ihnen sagen müssen, daß ein einseitiger Sieg, wie er zur Bildung dieser Mehrheit notwendig wäre, nicht zu denken war, daß das ganze Mandat eben nur zur Stärkung der Erkonservativen dienen mußte, aber mer wird von gebildeten Deutschen politische Einsicht verlangen! „Nieder mit dem Freisinn, das Vaterland ist in Gefahr!“ das war die Parole, und — sie haben es erreicht: der Freisinn liegt am Boden, und das Vaterland ist gerettet, denn — mit verstärkter Kraft steht in den Reichstagen jura die liberal-konservative Majorität! Sie haben vorzüglich gearbeitet, diese Herren, d. h. für den Papst.

Jetzt kann die Jünkerei im Reichstag wieder losgehen, jetzt können die konservativen Junker im Bunde mit dem Pfaffenthum ihren volkverderblichen Bestrebungen reichhaltig fröhnen und nach Perseusfluß rückwärts „revidiren“, sind sie doch mehr als je in der Lage, Altem, was noch ein Bischof nach Liberalismus ausstößt, den Garaus zu machen — Dank dem Rationalliberalismus.

Dieser selbst, dem die ganze Regierungsmaschinerie diesmal zur Seite stand, hat zwar dem Freisinn einige Siege abgenommen, dafür aber andere an die Ultra-Reaktionäre verloren. Ein prächtiger Bild der Weltgeschichte ist dabei, daß sein Hauptagitor in Süddeutschland, Herr von Schaub, sowohl in dem früher von seinem Freunde Böll vertretenen Wahlkreis,

als auch in zwei anderen, die er dem Freisinn abjagen wollte, schmachlich durchgefallen ist.

Die Niederlage des Freisinn stellt sich dar als die gerechte Strafe der Halbheit. Die Fusion der alten Fortschrittspartei mit den Sezessionisten des Rationalliberalismus wäre an sich kein Fehler gewesen, wenn die neue Partei nun auch wirklich eine einheitliche Körperschaft repräsentirt hätte. Das ist aber, wie sich am klafflichsten bei der Verlängerung des Sozialistengesetzes gezeigt hat, keineswegs der Fall, und um Ueberflus haben noch verschiedene der fusionirten Herren in den Wahlversammlungen ihre „Unabhängigkeit von der Parteileitung“ ausdrücklich zu betonen für nötig gehalten. Das gab ihnen und der Partei den Gnadenloß. Wie die Verhältnisse in Deutschland liegen, kann nur eine starke, entschiedene Oppositionspartei auf Erfolge bei der Wählerwahl rechnen; — wer aber auf die Parole: „Nieder mit dem Freisinn!“ nur stammeln antwortet: Ich bin ja gar nicht so schlimm! der gibt die Schlacht schon halb verloren. Und wenn die Führer nicht müthig vorangehen, wie soll da die Masse Muth und Thatkraft finden? Unzweifelhaft hat es dem Freisinn auch an packenden Schlagworten gefehlt, an einer entflammenden Kampfparole. Die Rationalliberalen hatten sich mit fanatischem Eifer auf die Kolonialgeschichte und die Sozialreform geworfen, Fragen, die nach sehr viel aussehen, die Entfaltung eines mächtigen Pathos gestatten, unter denen sich Jeder vorstellen kann, was ihm poßt, und die doch zu nichts verpflichten. Was konnte der Freisinn dem entgegensetzen! Auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf gegen die Schutzpolitik und die indirekten Steuern, der schon deshalb nicht mehr so stehen konnte wie 1881, weil die Kreise, aus denen der Freisinn seine Hauptanhänger rekrutirt: die mittlere Bourgeoisie und das Kleinrentgerthum, gar keine so heftigen Gegner der indirekten Steuern sind, die Frage der Schutzölle aber durch die bald von dieser, bald von jener Seite ausgespielte Praire von der „christlichen Probe“ in das Stadium des Versuchens gebracht worden ist. Auf politischem Gebiete spielte man mit unbefangenen Größen, auf welche die Wähler, wenn sie nicht ohnehin aufgereizt sind, nichts zu geben pflegen. Der „liberale Kronprinz“ verlag seine Wirkung, und Bismarck war klug genug, diesmal kein Tabaksmopol an die Wand zu malen. Er ließ seinen Beamtenapparat spielen — „wozu habe ich vor drei Jahren den kaiserlichen Erlass verfaßt?“ — und schweig sich über seine Pläne weidlich aus. So fehlte es den Freisinnigen an jeder jühenden Kampfparole, sie konnten den Regierungsdemagogen absolut nichts entgegensetzen, selbst ihr „Fort mit Bismarck!“ hielten sie in Rede, und so verloren sie Position über Position.

Reinlich wie den Freisinnigen erging es den Sozialparteilern. Auch sie sind an dem Bestreben, nichts anzuweisen, verunglückt. Partikularistisch und reichstreuen, antibismarckisch und gut kaiserlich zu sein, das geht eben nicht. Diese Art Mittelparteien sind absolut lebensunfähig.

Das Zentrum, das es verstanden hat, den Kulturkampf noch einmal hervorzubringen, geht stärker aus dem Wahlschlus hervor, als es vorher war. Und das haben mit ihrem Hegen die „Heidelberg“ gethan. Wenn Bismarck das Zentrum sprengen wollte, dann gab es gar kein ungefährtetes Mittel, als die Rationalliberalen auszubieten. Der einzige ernsthaftere Angriff, den das Zentrum erhiebt, kam von sozialdemokratischer Seite. München und Köln waren die deutliche Antwort auf die zur Annahme des Sozialistengesetzes abgedruckten 39. Vivant sequantos!

Die Elsäßer und Bessen kommen in aller Zahl, die Polen wahrscheinlich etwas stärker in den Reichstag zurück.

Das ist die Bilanz unserer Gegner.
 Des Weiteren siehe die folgende Korrespondenz.

— Aus Deutschland, den 31. Oktober, wird uns geschrieben: Die Wahlschlacht ist geschlagen — wir haben gesiegt. Wir hatten richtig vorausgesehen. Wenn wir uns in irgend etwas irren, so nur darin, daß wir auf so große Erfolge nicht vorbereitet waren. Auf Einzelheiten gehe ich nicht ein. Das Gesamtergebnis läßt sich noch nicht übersehen, und der Telegraph, der die vollständige Uebersicht gibt, überhört diesen Brief.

Genug, während wir das letztmaligen einzigen Kandidaten im ersten Wahlgang durchsetzten — die paar Stimmen, die Stolle über die absolute Majorität erhielt, wurden uns weggestanirt — haben wir diesmal auf den ersten Anlauf 2 Sitze gewonnen und stehen in 25 Wahlkreisen in der Stichwahl. Und jedenfalls werden die Stichwahlen des Jahres 1884 mindestens eben so ausfallen wie die des Jahres 1881. Verloren haben wir leider Wittmeida, das hoffentlich das letzte Opfer der Bismarckdiktatur sein wird, und Freiberg, wo unerhörte Beeinträchtigungen geübt wurden.

Somit überall Erfolge — Erfolge, die auf unsere Feinde verblüffend, auf die Genossen begeisternd gewirkt haben und wirken. Das Sozialistengesetz ist gerichtet, und Herr Bismarck ein momanto mori in die Ohren gerufen worden, daß ihm keine ruhige Stunde mehr lassen wird. Und nicht bloß Herr Bismarck und seinen „reaktionären“ Gesellen, auch der Fortschrittspartei. In Berlin hat sie aufgehört zu regieren. Die 69,000 Stimmen, welche am Dienstag für die sozialistischen Kandidaten abgegeben wurden, bedeuten das Ende der Fortschrittsherrschaft.

Und angeht's der Wahlen des Jahres 1884 wird Niemand mehr sagen können, das Sozialistengesetz, wenn es auch unsere Partei nicht unterdrückt, habe doch ihre Ausbreitung verhindert. Bei keiner früheren Wahl haben wir ein ähnliches Ausbreiten nach allen Richtungen hin wahrnehmen können. In Orten, an die wir kaum dachten, haben wir Hunderte und Tausende von Stimmen.

Und das ist es vor Allem, was unsere Gegner so ängstigt. Sie dachten, das Wachstum der Bewegung gehemmt zu haben, und nun sehen sie, wie die Fluth steigt, steigt. Und wer da rechnen kann, sieht mit mathematischer Gewißheit, daß der Augenblick kommt, wo der ganze heutige Blunder von der „rothen“ Fluth wird verschlungen werden.

Im Chaos des Zerlegungsprozesses, der sich in unseren Gesellschafts- und Wirtschafts-Verhältnissen geltend macht, ragt als einziger fester Punkt empor das grovelichte Banner der Sozialdemokratie mit der leuchtenden Inschrift: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!
 Mehr und mehr vermindert der Schreck und der Abscheu, den die Gewaltthäter dem Volk künstlich vor dem rettenden Banner eingefloßt hatten, und mehr und mehr wenden sich die Blicke der Erlösungsbedürftigen ihm zu.

Das steht jetzt fest: unsere Gewaltthäter besitzen kein Mittel, um die Fortschritte unserer Bewegung zu hemmen — an Anstrengungen haben sie es in diesem Wahlkampf wahrhaftig nicht fehlen lassen. Die Sozialdemokratie hat aber all diese Anstrengungen zu nichte gemacht. Und gerade da, wo der Druck am höchsten, war der Sieg am glänzendsten. In Berlin, Hamburg, Altona, Leipzig, Frankfurt — den Domänen des „Meinen Belagerungszustandes“ und der schlimmsten Polizeiwirtschaft, welche grothartige Stimmenmassen für die Sozialdemokratie!

Darin sind die Gegner einig, daß die sozialdemokratische Partei die einzige ist, welche wirklich als Siegerin aus diesem Wahlkampf hervorgegangen ist. Die andern Parteien haben entweder an Terrain verloren, oder nur behauptet, was sie schon hatten.

Die Fortschrittspartei hat nicht bloß in Berlin Niederlagen erlitten — nebst der nationalliberalen Partei, welche in der konservativen „ausgesungen“ ist, hat sie die Kosten des heutigen Wahlkampfes zu tragen. So muß es sein. Die Mittelparteien müssen verwinden, ehe der Entscheidungskampf gekämpft werden kann.

In Sachsen, dem ökonomisch und folglich auch politisch entwickeltesten Lande Deutschlands, sind die Mittelparteien diesmal fast vollständig vernichtet worden. Mit Ausnahme von 2 Wahlkreisen unter 23 haben wir nur noch Vertreter der Sozialdemokratie oder der „Ordnungspartei“ — was dazwischen lag, ist weggeschwemmt.

Borgen wird das Wahlergebnis bekannt gemacht, und die Stichwahlen müssen dann innerhalb 14 Tagen stattfinden.

Nachdem wir das Ergebnis der Hauptschlacht festgestellt, rufen wir von Neuem in's Geheiß.

Die Partei soll mit den Stichwahlen zufrieden sein!

— Berechtigte, wir danken bestens! Wenn ein armer Teufel plötzlich zu Vermögen und Ansehen kommt, dann findet sich auch sofort eine Anzahl guter Freunde bei ihm ein, die ihn „non jeher“ gern gelobt, in ihm „seits“ eine Menge Vorzüge entdeckt haben wollen und durch Liebenswürdigkeiten oder Liebenswürdigkeiten gern die Fußstapfen vergeßen machen möchten, welche sie dem armen Teufel reich oder mächtig Gewordenen früher mit Vorliebe hatten angepredigt lassen. Das Scherwenzel und Schmarogert dann so lange um ihn herum, als überhaupt

etwas von ihm zu haben ist, vorausgesetzt, daß er nicht von vornherein sich dazu abräth, das ganze Geschmeiß zur Thür hinauszumerfen.

In eine ähnliche Lage findet sich jetzt die Sozialdemokratie versetzt. Kaum daß die Wahlen die wachsende Bedeutung derselben in nicht mißzuverachtender Weise offenbaren, kaum daß sich gezeigt, welche Macht sie trotz Sozialistengesetz ist, wie sie, ganz abgesehen von den Kreisen, welche sie für sich erobert, in immer mehr Wahlkreisen in der Lage ist zu entscheiden, welcher von den bürgerlichen Parteien der Sieg zufallen soll, so hebt sie sich schon von allen Seiten von „guten Freunden“ umgeben, die um ihre Stimmen werden, und ganz wie in oben erwähntem Falle, sind fast die die jubringlichsten, welche bisher am in f a m i l i e n gegen uns vorgegangen sind.

Daß wohl eine Partei gemeiner gegen uns geht, als die Rationalliberalen? Sicherlich nicht. Daß wohl ein Blatt unsere Partei mehr beschimpft als das Weltblatt vom Rhein, die biederer „Kölnische Zeitung“? Schwerlich. Nun wohl, jetzt lese man, was dieses Hauptmundstück des deutschen Rationalliberalismus zwei Tage nach der Wahl schrieb, nachdem sich gezeigt, daß wir in Köln bei der Stichwahl den Ausschlag gaben:

„Was uns über das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate tröstet, in gewissem Sinne sogar beruhigt (warum nicht gleich „er k r e u t“?), ist der Umstand, daß unerkennbar die Erkenntniß auch bei den Sozialdemokraten zugenommen, ja, die Oberhand gewonnen hat, daß sie auch sie vor Allem national sein müssen, daß sie in der positiven Gesetzgebung mit den Bestrebungen der staatlichen Gewalt und der nationalen Parteien allein Heil und Besserung erlangen können (J leben Sie mal an!). Wir stehen nicht an zu sagen, daß wir zwanzig Sozialdemokraten im Reichstage in gewissem Sinne für ein geringeres Uebel halten, wenn überhaupt (dieses „wenn überhaupt“ ist unbeschäftigt) für ein Uebel, als fünf. In demselben Maße, wie sie zur Mitarbeit herangezogen werden, und durch die große Zahl von Wählern, die sie vertreten, ernste Berücksichtigung der Bedürfnisse beanspruchen dürfen (also doch!), denen sie ihre Wahl verdanken, wird auch der bestige Kampf gegen die bestehende Gewalt weichen und der Erkenntniß Platz machen, daß es gut, mit Hilfe dieser Gewalt positive Reformen herbeizuführen. Und wir freuen uns, daß der heutige Sozialismus, so wie er in den Wahlkampf getreten ist, fast allenthalben zu erkennen scheint (der Schein trägt, liebe „Kölnische“), daß die Rationalliberalen, die sich zur sozialen Reformarbeit bereit erklärt und somit das Kruxiren der Sozialdemokratie, soweit sie nicht Resolution, sondern Reform predigt, für berechtigt anerkannt haben, ihnen näher stehen, als die Fortschrittspartei, die vielleicht bereit wäre, das Sozialistengesetz abzuschaffen, um die Regierung zu ärgern, aber nicht nur den revolutionären Bestrebungen, sondern auch den positiven und menschlich wohlhabenden Forderungen der Sozialdemokraten nicht entgegenzusetzen wüßte, als den Polizeisübel und den natürlichen Kampf um's Dasein, den man einfach gehen zu lassen habe. Diese völlig richtige Erkenntniß der einsichtigen Sozialdemokraten, daß ihre besten Freunde im Parlament nicht neben ihnen auf den Fortschrittstänken sitzen, sondern weiter nach rechts, wo man die soziale Reform (will sagen das Sozialistengesetz!) will und die Berechtigung der Sozialpartei (immer von deren revolutionären Bestrebungen, die es lahmlegen gilt, abgesehen) anerkennt — diese Erkenntniß dürfte in manchen Wahlkreisen bei den nötig gewordenen Stichwahlen zum Ausdruck gelangen.“

Das bei den Stichwahlen zum Ausdruck kommen dürfte, edle Kölnerin, ist die Erkenntniß, daß wenn man nicht bei der ersten Gelegenheit verrathen und verkauft werden will, man sich überallhin eher zu wenden hat als an den Nationalliberalismus; ist, daß die Arbeiter ihre Bewegung und Organisationsfreiheit nicht um das Vinsgericht einer höchst zweifelhaften Sozialreform verschahren, einer Sozialreform, die ausgesprochenmaßen nur den Zweck hat, die Arbeiter in dem Kampf um ihre soziale Emanzipation zu schwächen; ist, daß die Arbeiter keine Lust haben, für Leute die Kastanien aus dem Feuer zu holen, die ihre Macht erfahrungsgemäß dazu benutzen, Gesetze gegen die Arbeiterklasse zu schmieden; welche Gegner des allgemeinen Wahlrechtes, der politischen Rechte der Arbeiter überhaupt sind; ist, daß die „einsichtigen Sozialdemokraten“, die ihre „besseren Freunde“ weiter nach rechts suchen, vorläufig noch so dünn gesetzt sind, wie die wirklichen Freunde der sozialdemokratischen Bestrebungen im nationalliberalen Lager. Im Namen der übrigen, nicht so einsichtigen, aber leider noch recht zahlreichen Sozialdemokraten erklären wir dagegen:

Das Freundschäftsbündniß, das Sie uns da antragen, liebenswürdige Kölnerin, ist zwar gewiß sehr aufrichtig gemeint, Sie wollen mit unserer Hilfe den Freisinn erdrücken, — aber wir bebauern sehr, bestens dafür danken zu müssen. Wir fürchten für unsern guten Ruf. Man hat doch schließlich auch noch so etwas wie Ehrgefühl, ein Ding, das Ihnen bei dem häufigen Wecheln Ihrer Liebhaber freilich abhanden gekommen sein mag. Das mag wohl auch der Arbeiter gedacht haben, der uns den obigen Ausschritt aus Ihrem geschätzten Blatt einlandte. Denn an dem Rand desselben hatte er das nicht gerade salonfähige, aber durchaus unzweideutige Wort geschrieben: Aie dure!

— Je näher die Stichwahlen rücken, um so mehr finden sich die Ordnungsparteien von rechts und links zusammen, um, wo es gegen die Sozialdemokraten geht, die Streitart, die sie vorher so wüthend gegen einander geschwungen, friedlich zu begraben und gemeinsam den „Feind aller gesellschaftlichen Ordnung“ zu bekämpfen. Wie in Sachsen, so geht auch jetzt andernwärts im Reich der Fortschritt (Demokratie imbegriffen) in dem Ordnungsbrei auf. Dem Beispiel Frankfurts (s. weiter unten) sind Götta, Magdeburg, Königsberg u. gefolgt. Den Rationalliberalen ist über Nacht die Erkenntniß gekommen, daß der Freisinn doch nicht gefährlicher sei als die Sozialdemokratie, und daher predigen sie nicht mehr Wahlenthaltung zwischen Freisinn und Sozialdemokratie, sondern Eintreten für den Freisinn gegen die Sozialdemokratie.
 Nur los! uns soll's recht sein.

— Die Stichwahlen in Hessen (Mainz, Darmstadt, Offenbach) und Frankfurt am Main finden bereits heute statt. Glückauf!

— Eht schwäbisch-volksparteilich. Die Herren Volksparteiler des Wahlkreises Göttingen konnten diesmal mit aller Gewalt keinen Kandidaten aufreiben, der ihnen diesen Wahlkreis, der seinerzeit durch Ketter erobert worden war, zurückerobern mochte, und mußten daher zwischen dem Bismarcker Lenz und dem Sozialisten Geiser wählen. War es ihnen mit ihrer Demokratie und ihrer Opposition gegen Bismarck Ernst, so konnte ihnen diese Wahl nicht schwer werden, sie mußten ihre Anhänger aufzubern, für Geiser zu stimmen. Aber, wer von schwäbischen Volksparteilern Konsequenz verlangt, der hat falsch gerechnet. Die Herren gingen vielmehr hin und erließen folgenden K u r s, der als bleibendes Dokument für die Weisheit seiner Verfasser aufbewahrt zu werden verdient:

„An die Wähler des 5. Wahlkreises. Mitbürger! Der Volkspartei ist es trotz ernstlicher Bemühungen nicht gelungen, einen Kandidaten für den Reichstag zu gewinnen. Dies ist um so mehr zu bedauern, als die Mehrzahl der Wähler des Bezirks extremen Anschauungen nach rechts oder links, wie sie einerseits durch die Beamt-Kandidatur Lenz und andererseits durch die sozialistische Kandidatur Geiser vertreten sind, nicht judicial. Glücklicherweise ist eine dreijährige Wahlperiode im Leben der Wähler eine kurze Spanne Zeit. Deshalb bitten wir die Wähler, sich nicht irre machen zu lassen, sondern festzubalten an der guten Sache, welche die bürgerliche Demokratie von jeher vertritt, und ihrer Meinung am 28. Oktober durch Wahlenthaltung Ausdruck zu geben. Wer aber auf die Ausübung seines Wahlrechtes (!) nicht verzichten will, oder wer durch Beruf oder andere Verhältnisse genöthigt ist, an die Wahlurne zu treten, der helfe sich durch Angabe eines weihen Fetters. Der Volkspartei Ehrlingen.“

Wahlenthaltung ist eine Sache, die sich unter Umständen wohl jede Partei zeitweilig aussetzen wird, aber sie damit zu motiviren, daß „drei Jahre nur eine kurze Frist“ seien im Leben der Wähler, das verräth eine Einsicht in die politische Situation, vor der wir beschämt den Hut ziehen. „Eine dreijährige Wahlperiode ist eine kurze Frist“ — eine dreijährige auch, ihr Herren. Wie wär's, wenn Sie sich so einige Duzend Jährchen schlafen legten?

— Wie die nationalliberalen „Volkspartei“ das freie Wahlrecht hat. In Dortmund kandidirte nationalliberalerwärts der Granddirector Kleine gegen den altfortschrittlichen Dr. Lenzmann. Mit welchen Mitteln, geht aus folgendem Bericht der ultramontanen „Trenonia“ hervor:

Der Wahlkampf war ein furchtbarer. Die nationalliberalen Großindustriellen kämpften auf Leben und Tod, kein Mittel blieb unversucht, um den Sieg zu erringen, niemals waren die Wahlbeeinflussungen so heimtückisch wie jetzt. In Hörbe und Kernen wurden die Arbeiter wieder kolonnenweise zur Urne geführt, von Stunde zu Stunde wurden in Journal und Papier die Stimmgelüste gewechselt, und trotz der energischen Gegenwehr vieler beherzter Männer gelang es nicht, die Arbeiter davor zu schützen, daß sie mit zitternden Gliedern und Thränen in den Augen gegen ihre Ueberzeugung wählen mußten. Aus Hörbe fliegen uns wieder die be-rühmtesten Stimmgelüste aus Pappdeckel in allen möglichen Formen vor. Wie in vielen Orten des Landkreises, so war auch namentlich in der Stadt Dortmund das ganze Heer der Beamten und Richter ausgeboten, um für den nationalliberalen Kandidaten die Mehrheit zu erringen. Die Wahllokale im westlichen Stadttheile waren den ganzen Tag mit je 50 bis 100 Beamten besetzt, die von der Straße bis zur Thüre des Wahllokals gleichsam Spalier bildeten. Den Leuten wurden die Zettel für Lenzmann aus der Hand gerissen, der zusammengefaltete Zettel für Kleine in die Hand gegeben, und fort ging es mit dem armen Opfer zur - Schlachtbank. Ein Schrei der gerechten Entrüstung geht durch die ganze anständige Bevölkerung! Nichtsdestoweniger haben die Lenzmann'schen Wähler in Dortmund selbst meistens wacker Stand gehalten, und wären nicht die Resultate von Kernen und Hörbe so traurig, dann hätte Herr Lenzmann gleich im ersten Wahlgange gesiegt."

Rechtlich wurde es, wie wir aus dem „Sächsischen Wochenblatt“ erfahren, in Freiburg getrieben, wo der nationalliberale - die Herren sind ja alle nationalliberal! - Bergdirektor Werbach gegen unsere Genossen Kasper durchge-brückt wurde. Freiburger Arbeiter haben an Kasper geschrieben, daß sie, so sehr es sie geschmerzt, gegen ihn gestimmt hätten, weil sie „nicht anders konnten“. Der Druck sei zu arg gewesen. Und diese Gesellschaft bildet sich ein, daß unabhängig gestimmte Arbeiter auch nur eine Hand zu ihren Gunsten rühren werden! Sie verdienen, Sklaven zu sein, wenn sie es thäten.

- Trotz seines „sehr bemerkenswerthen“, von allen Amtsblättern reproduzierten Flugblattes hat es Rittinghausen im Kreise Solingen nur auf 787 Stimmen, d. h. auf den neunten Theil aller dort abgegebenen sozialistischen Stimmen gebracht. Das wird ihn wohl belehrt haben, daß die sozialistischen Arbeiter von ihren Führern allerdings jene Disziplin verlangen, die ihm als die „schlimmste Tyrannei“ erscheint. Wenn Herrn Rittinghausen's Ueberzeugung „nirgends mehr belehrt war als in der sozialdemokratischen Fraktion“, so mag ihn die dieser vorhergehende Notiz belehren, wie abgeschmackt diese Redensart Leuten gegenüber ist, die mit Recht in ihrer ökonomischen Abhängigkeit die Ursache ihrer politischen Knechtschaft erblicken. Nur wer kein Verständnis dafür hat, was ökonomischer Zwang ist, kann die Disziplin einer kämpfenden Partei, bei der es Jedem freisteht, ob er in ihre Reihen eintreten will oder nicht, für die „schlimmste Tyrannei“ erklären.

- Herr Kadai scheint wieder ganz toll geworden zu sein. Er hat nun auch Liebesknecht, der neulich auf einige Stunden in Berlin war, ausgelesen. Das ist grotesk. Und was hat's genügt? Wir haben wahrhaftig seine hohe Meinung vom Bestand unserer Gegner, aber wir finden, daß wir ihn immer noch überhägt haben.

- Aus Karlsruhe schreibt man der Münchener „Allgemeinen Zeitung“: „Interessant ist auch, daß unter den etwa 8000 sozialistisch Stimmentenden (es sind in Baden über 10,000 gegen 4700 im Jahr 1881) Die Reduktion eine große Anzahl von Tagelöhnern, niederen Bediensteten, Bauern u. s. w. sich befindet.“
Bravo!

- In der Angelegenheit Ronne ist insofern eine Wendung eingetreten, als Herr Ronne in einer Zuschrift an uns seine Bemerkung bezüglich Bekämpfung des gerichtlichen Weges als durch die natürliche Erregung der Augenblicke hervorgerufen entschuldigt und erklärt, auf den Schiedspruch der Partei nicht verzichten zu wollen.

- Ferner erhalten wir aus Berlin eine Zuschrift von zwei uns als unbedingt zuverlässig bekannten Genossen, welche sich mit den von uns aus den Ronne'schen Briefen gezogenen Konsequenzen „nicht einverstanden“ erklären, vielmehr - ohne daß sie Ronne's Entschluß, vor Gericht zu gehen, billigen - meinen, es wäre „richtiger gewesen, wenn wir erst den Verlauf des gerichtlichen Verfahrens abgewartet hätten, ehe wir erklärten, die Partei habe weder ihn (Ronne) noch irgend sonst einen Denunzianten zu fürchten“. Dazu läge in dem Brief keine Veranlassung vor, da, wie aus demselben hervorgeht, das „in dieser Beziehung wertvolle Material“ doch ausdrücklich „nur dazu dienen soll, den gegen Ronne ausgesprochenen Vorwurf als unbegründet zu erweisen“.

- Wir haben darauf zu erwidern, daß wenn Jemand erklärt, er wolle „ohne Rücksicht auf die Interessen anderer Personen, resp. der Partei“ vor Gericht vorgehen, bevor ihm noch die Möglichkeit einer Vertretung innerhalb der Partei genommen ist, er sich nicht nur außerhalb der Partei stellt, sondern auch den Verdacht wahrhaft, daß es ihm eventuell auf eine Denunziation vor Gericht nicht ankomme. Die Vorwürfe, welche Ronne gemacht werden, liegen nun so, daß ihre Erörterung vor Gericht notwendigerweise einer Denunziation - nicht der Partei, denn die kann nicht denunziert werden, wohl aber verschiedener Genossen gleichkommen würde. Das mußte Ronne wissen, und wenn es ihm im Moment nicht gleich klar war, so hat es ihm fast unsere Notiz vor Augen geführt.

- Ob das von unsern Pariser Genossen gegen Ronne eingeschlagene Verfahren korrekt war, sind wir nicht in der Lage zu beurtheilen, da uns das gegen ihn zugewandte Material nur bruchstückweise vorliegt. Bisher scheint es uns, als sei der Verdacht allerdings begründet, daß aber der Beweis der Spionage noch nicht geleistet sei.

- Wir haben jetzt das Anklagesüch und den Ronne'schen Brief an einen unserer Abgeordneten gefandt, der Weiteres veranlassen wird. Damit können, glauben wir, alle Beteiligten sich vorläufig begnügen.

- Solidarität im Kampf. Die Genossen in Preshburg (Ungarn) senden uns 6 Gulden zum Wahlfonds mit folgendem Begleit-schreiben:

„Wir wollen, wir hätten das Jahn'sche einfinden können. Wir senden aber das Wenige, von den aufrichtigsten Sympathien für unsere deutschen Brüder begreift.“

- Rüge der 28. Oktober die bewundernswürdige Ausdauer, den beispiellosen Opfereinstimm, den die deutschen Sozialdemokraten so oft schon bekundeten, entlohnen. Rüge derselben ein Sieges-, ein Freudentag für alle in der Kampflinie stehenden Genossen sein, unsern Gegnern zum Trost. Wenn sich die Volksbegleiter abstinken, um gegen uns einen gemeinsamen Vernichtungskampf zu eröffnen, so wollen wir Unterdrückte und Verfolgte uns international verbindend die Hand zur Unterstützung reichen, um im Kampfe für die Menschenrechte zu stehen. Und wenn unsere Gegner rufen: Es lebe die „Ordnung“! so rufen wir: Hoch die Sozialdemokratie! Es lebe die Solidarität der Arbeiter!“

- Rußland. Ueber die zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilte Revolutionärin Wera Figner-Filipow schreibt das „Leistungsdagblatt“:

„Ihr ganzes Auftreten hinterläßt bei Jedem, der mit ihr in Berührung kommt, einen tiefen Eindruck. Frau Filipow hielt sich am Schlusse des Jahres 1881 und am Anfange des Jahres 1882 in Odesa unter einem fingierten Namen auf; sie war in den vornehmsten Salons der Stadt ein gern gesehener Gast, war der Gegenstand einer ungetheilten Bewunderung auch bei ihrem eigenen Geschlechte und hatte daher gute Gelegenheit, Propaganda für ihre revolutionären Ideen zu machen. General Strelnikow, der am 30. März 1882 auf dem Uferboulevard in Odesa meuchlings ermordet wurde, gedrehte zu den mächtigsten Bewunderern der Frau Filipow. Kurz nach dem Tode Strelnikow's erhielt sie eine Warnung, in welcher angedeutet wurde, daß man wisse, wer sie sei und daß die Polizei Befehl erhalten habe, sie zu verhaften. Einige Stunden danach verließ Frau Filipow Odesa. Bis zu ihrer Verhaftung lebte sie jedoch unter den Bauern im südlichen Rußland, und bezeichnend für den Einfluß, den sie sich bei diesen halb wilden Menschen zu verschaffen gewußt hatte, ist folgendes im Anklagesüch erwähnte Faktum: Als die Polizei nach langem fruchtlosen Suchen endlich die Spur der Frau Filipow gefunden und ihren Aufenthaltsort entdeckt hatte, stellte sie an die Bauern der Gegend die Forderung, daß sie einen Kreis um das Dorf, wo sie sich aufhielt, ziehen sollten, um dorthin

ihre Flucht zu verhindern. Die Bauern weigerten sich jedoch mit Bestimmtheit, hierbei beihilflich zu sein. „Mag man uns peitschen,“ lautete ihre Antwort, „mag man mit uns machen, was man will, wir werden einer von uns etwas thun, was Wera schaden könnte.“ Die Bauern hielten Wort und die Polizei mußte die Verhaftung allein ausführen. Aus den Aussagen der Frau Wera Filipow vor Gericht scheint hervorzugehen, daß sie mit Leib und Seele revolutionär gestimmt, dabei aber eine entschiedene Gegnerin der terroristischen Fraktion ist.“

Die kühne Frau ist durch Degajew, den Führer Sudejkin's, ihren Feindern in die Hände geliefert worden. Hier auf bezog sich unsere Bemerkung in Nr. 43, daß „die Art, wie sie verrathen wurde, ein lehrreiches Kapitel wäre für die Berehrer des politischen Verschwörertums“. Wir konstatieren dies ausdrücklich, weil dieselbe wunderbarerweise so ausgelegt wurde, als sei sie gegen die Partei der „Kardnaja Wolja“ gerichtet, was uns ganz fern lag. Die Verschwörung hat unter Umständen so gut ihre Berechtigung wie jede andere Form des Kampfes, darüber besteht für uns kein Zweifel. Wir sind uns aber auch der Konsequenzen des Verschwörertums so gut bewußt, um irgendetwas für dasselbe schwärmen zu können. Wir halten es vielmehr für eine der schmerzlichen Anklagen gegen den Garenabsolutismus, daß jede ernstliche Opposition in Rußland auf die Verschwörung angewiesen ist.

Damit ist, denken wir, jedes Mißverständnis über unsere Stellung zu den Revolutionären Rußlands ausgeschlossen.

In Petersburg wurde vor einigen Tagen der Revolutionär Lopatin auf der Straße verhaftet. Lopatin, der sich durch ganz besondere Thätigkeit und Energie auszeichnet, hatte wiederholt Versuche unternommen, Tschernekowski zu befreien, die indessen sämtlich fehlgeschlagen, dagegen glückte ihm die Befreiung Lamrow's. In seiner Wohnung behauptet die Polizei kompromittirende Notizen gefunden zu haben.

- Die Kräfteanstrengungen Händchens, unserer Partei im Wahlkampf möglichst zu schaden, haben leider bei der Hauptwahl wenig Erfolg gehabt. Wie wir den armen Trost kennen, wird ihm daher der Ausfall derselben, speziell das glänzende Resultat aus Chemnitz, einen bedeutlichen Wuthanfall verursachen. Zum Trost für ihn und zur Erheiterung für unsere Leser wollen wir nunmehr auch seiner Parole für die Stichwahlen hiermit die weiteste Verbreitung geben.

„Trotz aller Pralerei.“ schreibt General Bumbum in seinem Monteur vom 25. Oktober, „ist nämlich Hundert gegen Eins zu wetten, daß die Herren Kandidaten der „Sozialdemokratie“ am Abend des 28. Oktober ziemlich saure Gesichter schneiden dürften, weil das erhoffte „Wandl“ in den Urnen stecken blieb. Da hingegen die sämtlichen Parteien Deutschlands total zerfahren sind und durch die vielen Spielarten, welche sie aufweisen, und die konfuse „Ideen“, die sie sich gegenseitig in die langen Ohren schreien, lebhaft an das Hornberger Schlegeln erinnern, so wird es in ungemein vielen Wahlkreisen zu Stichwahlen kommen. Auf diese allein bauen auch die Liebnechte und Komplizen ihre Hoffnungen.“

„Wer so ehr- und charakterlos ist, daß er für Schufte zu stimmen vermag, die derartige Leistungen, die verdient, daß er von dem Gendarm über's Ohr gehauen wird. Unsern Genossen aber rufen wir zu: Bersalzt den Kanakillen die Stichwahlen!“

Reißt auf deutsch: „Anarchisten, stimmt für die Gegner der Sozialdemokratie!“
Armer Hans!

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Korrespondenzen.

Dortmund, 30. Oktober. Im Kreise Dortmund haben wir 1813 Stimmen erzielt. Klein (nationalliberal) und Lenzmann (Demokrat) kommen in Stichwahl, und wir sind hier nur die Partei, welche als Sieger zu bezeichnen ist, denn die Herren von beiden Parteien kommen jetzt zu uns und bühnen um unsere Stimmen, aber wir bleiben beiden gegenüber kalt und werden uns der Stimme enthalten. Wir haben diesmal annähernd 1000 Stimmen gewonnen gegen die verfloffene Wahl, wo wir es nur auf 890 Stimmen brachten.

Aus dem Odenwald. Von hier hören die Genossen höchst selten etwas und doch darf deswegen nicht angenommen werden, daß hier Alles herrlich und gut gehe und der Sozialismus keinen Boden habe. Das Gegentheil ist der Fall. Die soziale Frage existirt hier mehr, als die Durchschnitts-Staatsmänner wissen oder zugeben wollen. Der Ruin des kleinen Bauernstandes geht mit Entsetzen errgender Schnelligkeit vor sich und der aufmerksame Beobachter findet, daß der Kapitalismus geradezu in schauerlicher Weise haust. Nur drei Jahre sind es, seit ich Gelegenheit hatte, den Odenwald so zu durchschauen, wie mir dies eben möglich ist, aber was habe ich da wahrgenommen? Wahr ist es, ein eigentliches Proletariat existirt hier fast gar nicht, aber das Landproletariat hat in so grauenhafter Weise zugenommen, daß Fachmänner der Ueberzeugung sind, daß wenige Jahre weitere Arbeit des Kapitalismus hinreichen dürften, den kleinen Bauernstand unserer „Perle Hessens“ gänzlich zu vertilgen. Schon jetzt ist es diesen Paria der heiligen Gesellschaft zum Theil selbst bei geradezu bewundernswürdigem Fleiß unmöglich, die Forderungen der Hypotheken zu erschwingen. Mehr und mehr verfallen die Grundstücke der Leute; dem Acker kann nicht hinreichend Dünger zugeführt werden, worunter die Ertragszeit desselben empfindlich leidet und schließlich darauf reduziert ist, daß das Köhige für den Lebensunterhalt der Familie und für den Unterhalt des Viehes unerschwinglich wird. Hat schon der Hypothekensludiger früher mit Kündigung der Hypothek gedroht, als er einige Male die Zinsen nicht rechtzeitig erhalten - jetzt macht er die Drohung zur Wahrheit und der Bauer ist um Hab und Gut. So geht es dergest mit unsern Verhältnissen. Alljährlich werden so Hunderte im Odenwald „fertig“ gemacht und nirgends ist Aussicht auf Hilfe.

Die einzige Partei, die dem Bauernstand wirklich helfen will und zwar aus dem Fundament dessen will, die sozialistische Partei, sie ist noch zu wenig erkannt, um genügend unterstützt zu werden. Doch es kommt. Die Leute beginnen mit Andacht den Vorträgen der Sozialdemokraten zu lauschen und begreifen, daß nur der Staat mit seinem riesigen Kredit und seinen unerschöpflichen Mitteln zu helfen im Stande ist. Gemeinschaftliche Bearbeitung des Ackerbodens unter Benützung der besten Maschinen und des besten Düngers, nur dies kann und wird helfen. Es war eine Freude zu beobachten, wie die abgeradenen und ausgehungerten Landwirthe unseres Odenwaldes, gelegentlich der jetzigen Wahlagitiation, den Ausführungen unserer Genossen Liebesknecht über die Frage des Großbäuertrades in der Landwirtschaft folgten. Man merkte, daß es Licht geworden und die sozialistischen Theorien begonnen haben, auch bei unseren Landleuten Anklang zu finden. Damit dürfte aber auch das Todesurtheil der Randgängerleute gesprochen sein. Unser Bauernstand, der allerdings mit erstaunlicher Fähigkeit am Althergebrachten festhält, ist einseitig genug, um zu begreifen, daß die Kraft des Einzelnen zu schwach ist, dem Drang der Zeit zu widerstehen - das genügt, um ihn zu überzeugen, daß nur im Sozialismus Hilfe für den Bauer zu finden und zu erwarten ist.

Quittung.

Durch den Landesauschuß der deutschen Sozialisten gingen für die Stichwahlen ein:
Mitgliedschaft Genf Fr. 100.- Mitgliedschaft Bern 120 50, Roder Nickerly 12.- Mitgliedschaft Remburg 30.- Mitgliedschaft Lausanne 34 15. Schneiderwerkstatt Rain, Zürich 10.-
Summa: Fr. 306 65,
woraüber dankend quittirt
Für den Landesauschuß:
E. Beck, Kassier.

Rachruf.

Am 28. Oktober, dem Tage der siegreichen Wahl, genügten wir der traurigen Pflicht, die Gattin unseres alten und treuen Veteranen Joh. Philipp Becker:

Elisabeth Becker

der Erde zurückzugeben. Namens der deutschen sozialdemokratischen Partei legte der hiesige Lokalausschuß einen Lorbeerkranz mit rother Schleife auf den Sarg im Trauerhause nieder, welcher die Ueberreste eines kurbewegten Lebens barg. So muthvoll wie sie die Drangsale des Kampfes an der Seite ihres Gatten ertrug, ebenso aufopfernd war sie Flüchtigen und Genossen gegenüber.

Ehre ihrem Andenken!
Genf, 3. November 1884.

Der Lokalausschuß der deutschen Sozialisten.

Albert Duff, †

Ein unerhöhter Kämpfer für die Befreiung des Volkes aus materieller und geistiger Knechtschaft, ein begabter Dichter, ein origineller Denker ist gestorben. Von einem Herzschlag befallen erbeute unser Genosse Dr. Albert Duff am 29. Oktober sein vielbewegtes Leben im Alter von 66 Jahren.

Die literarischen Verdienste Duff's zu würdigen, ist hier nicht der Ort. Wir haben es heute mit dem hochherzigen Ranne zu thun, der schon in seinen Jugendjahren sich dem Kampfe für die Sache der Unterdrückten widmete und sein Leben lang an derselben festhielt - einer der Wenigen seiner Generation, welche nicht davor zurückbeugten, sich der kämpfenden Sozialdemokratie anzuschließen, und der ihr auch treu blieb, als mit dem Attentatsommer des Jahres 1878 die Verfolgungen über sie hereinbrachen.

Ihm, der freudig Roth und Entbehrungen auf sich nahm, dem Dichter und Schriftsteller, der letzten Duzens auf die Anerkennung von Seiten der sogenannten guten Gesellschaft verzichtete, als es galt, die Konsequenzen seines sozialpolitischen Strebens zu ziehen, ihm gilt dieser Nachruf.

Albert Duff hat sich bleibende Verdienste um die deutsche Arbeiterbewegung erworben, er war nicht nur ein Anhänger, er war auch ein Agitator unserer Partei. Erst im letzten Jahre seines Lebens zog er sich von der politischen Agitation zurück und widmete sich, ohne sein Verhältnis zur Partei zu lösen, mehr der von ihm gegründeten Stuttgarter Freidenker-Gemeinde. Wie unsern Lesern bekannt, nahm er in Bezug auf die Freidenker-Bewegung einen derselben sympathischeren Standpunkt ein als die meisten unter uns.

Seine Leiche wird, seinem Wunsche gemäß, in Gotha verbrannt werden. Am 2. November fand die Ueberführung derselben von Stuttgart aus statt. Ueber 6000 Stuttgarter Arbeiter und Sozialisten gaben seinem Sarge das Geleit zum Bahnhof.

Sein Andenken wird stets von uns hochgehalten werden.

Der Polizeihandlanger Friedr. Schneiders,

Schneider, in Kachen wohnhaft, seit 1883 aus Amerika zurückgeführt, (siehe „Schwarze Liste“ sowie „Sozialdemokrat“ Nr. 7 und 23 1882 und Nr. 30 1883) hat aus Kache bei der belgischen Polizei die Kaufweilung eines gewissen Schufte aus Belgien veranlaßt, der seit 3 Jahren sich um nichts mehr bekümmert hat. Schneider ist mittelgroß, trägt gewöhnlich Brille, hinkt und geht meist an einem schwarzen Knotenstock.
Sein Spionageredier ist Kachen, Verviers etc.
Sorge man sich leunigt für seine gründliche Entlohnung, wo er sich blicken läßt.

Briefkasten

der Expedition: Dtscher. Der. Reuchatel, W. sofort gemahnt. Wir quittiren nur direkt an uns Bekantes. - Dtscher. Berlin Jg.: Fr. 2 - Ab. 4. Du. erh. - L. Wt. Jg.: Fr. 2 - Ab. 4. Du. erh. - Rosa Bed.: W. 5 - (nicht W. 25) a Cto. erh. Der 20r. schelt, obgleich erschlichen, daß Sieder nicht gefingert hat. - K. Sch. Arch.: Fr. 2 - Ab. 4. Du. erh. - K. G. Schiff.: Herr von Münchhausen log mit Wtg, das verräthte Hauptmännchen aber ohne Grtg, das ist der Unterschied. - Buenos Ayres: Fr. 95 - von einem Freunde der sozialistischen Bewegung für die Wahlen und v. Verein Vorwärts Fr. 95 - für die Opfer des Sozialistengesetz bld. erh. Früheres laut Hf. 36. Gruß! - Rothkäppler: W. 4 30 Ab. 4. Du. erh. Warum? K. a. Htg.: Fr. 5 - f. d. Stichwahlen bld. erh. - Feuerschiff: W. 6 - Ab. 4. Du. erh. Zweiwöchentliches hergerichtet. - Preshburg Ungarn: Wsfl. 6 - Ergebnis einer Kollekte Hstern. Gen. pr. Stichw. bld. erh. Dtscher. War (hon fort. - L. S. Sch. G.: W. 3 - Abon. bis Ende Dez. erh. Dir. W. 4 30 pr. Du. - Lodernde Flamme: Wf. v. 21/10. erh. Chg. war angewiesen, Ihnen das Gewünschte stets zuzustellen, ebenso ist es jetzt. F. das Weitere anzuordnen, war und ist dort Ihre Sache. Cuttg. siehe Hf. 37. - J. R. Zug: Fr. 2 10 v. 19/9. und Fr. 3 - v. 1/11. d. Wsfl. bld. einverleibt. - K. Zug: Fr. 1 - pr. Wsfl. bld. erh. - E. G. Kowbe.: W. 5 - a Cto. Abon. erh. Rota folgt. - S. D. Paris: Fr. 2 50 Ab. 4. Du. erh. - Chur: Fr. 15 - v. Ard. B. Ber. pr. Wsfl. bld. erh. - B. R. Brüssel: Fr. 2 50 Ab. 4. Du. erh. Fr. 1 25 f. d. Verfolgten pr. Wsfl. bld. gebucht. - Kother Gaucho: Fr. 1 - f. d. Stichwahlen bld. erh. - Kreuzlingen: W. 4 - Teller-sammlung beim Abchied eines Gen. und beim Empfang eines a dem Gefängniß kommenden f. d. Stichwahlen bld. erh. - Martha vom Berge: Fr. 10 - pr. Wsfl. bld. erh. - Winterthur: Fr. 6 55 f. d. Stichwahlen durch Klein ges.; Fr. 16 40 ges. bei Berichterstattung über das Wahleresultat und Fr. 3 - ges. in der Versammlung v. 2/11. durch Wsfl. bld. erh. - C. Adst. Lion: Fr. 2 - Ab. 4. Du. erh. - F. Agr. Duß: W. 8 - Ab. 3. u. 4. Du. erh. - R. S. Schaffhausen: Fr. 3 30 v. D. v. Hfr. bld. pr. Wsfl. verw. B. wird gerodnet. - C. H. L. W. 6 50 f. Schft. erh. - Altdgr. C. vergiffen. - Kother Boigt.: W. 5 40 Ab. 3. Du. erh. - Dr. A. Wstl.: Wsfl. 6 - f. Schft. 1c. erh. Wsfl. 1 - pr. Wsfl. bld. verw. Erf. W. J. abgg. Wf. enthielt betr. Poem ni jt! - Serlow: Fr. - 50 für 4 Expl. Rr. 44 erh. - Kopenhagener: Fr. 35 - C. S. eingetroffen. Kusslich erw. - Ch. S. St. P.: Bedeutende „Windmüller“, sind Beide. Als politischer Wetterprophet ist aber unser Bumbum dem seligen Stannebein ellich über. „Audaernd schön“, meldete Stannebein, da gab's 14 Tage Landregen. „Eßsig u. Durcheinand für die lästerliche Wählerbande“, donnert General Bumbum, da - trinken ihrer 500,000 den Siegesgeschoppen und jubeln ein Vereat allen Feiglingen und Lumpen hunden! - Kother Franz: Wf. v. 8. am 5. beantwortet. Dessgl. Zoroaster. - K. R. Gbd.: W. 4 30 Ab. 3. Du. erh. - C. S. Wsfl.: W. 2 - f. Schft. erh. - Roderich: W. 4 50 Ab. 4. Du. erh. - Chur: Fr. 15 - v. d. dtsh. Söldner, Besuchsod Schweben Fr. 3 - Gen. Fr. 75 - von den värmischen Genossen, von einem Hf. Fr. 2 - W. R. Fr. 5 - Luzifer III Fr. 5 - Krauter Fr. 2 - v. d. Heidelbergern Fr. 100 - J. A. Steinmetz Fr. 1 50, gesammelt durch J. A. 1 50 v. Dr. Frtz Tischler Wien Wsfl. 25 - durch Landesauschuß Zürich Fr. 306 65 u. Spezialquittung für die Stichwahlen bld. erh.

Sozialistische Arbeiterpartei Amerika. Section New-York.

Sitzung des Zentralkomitees jeden Freitag Abends 8 Uhr in Lincoln Hall, Eds Allen und Houston Street.
Jeden Sonntag finden Versammlungen statt. Näheres siehe New-Yorker Volkzeitung, besonders Freitags und Samstags.